

Oskar Lafontaine im Interview

"Ich habe recht behalten"

Das selbsternannte "politische Tier" Oskar Lafontaine über seinen Abschied als Chef der Linken, die Bändigung der Finanzmärkte und seine Empathie für Wolfgang Schäuble.



Oskar Lafontaine, das "politische Tier" (Bild: dpa)

Herr Lafontaine, die erste Frage klingt banal, aber sie hat einen ernsten Hintergrund: Wie geht es Ihnen?

Mir geht es gut. Ich habe Glück gehabt und bin mit der Genesung sehr zufrieden.

Aber es ist zu früh, um sagen zu können, der Krebs ist besiegt?

Ja, Es stehen noch die üblichen Nachuntersuchungen aus. Aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Krebs nicht gestreut hat, und das ist die entscheidende Frage.

Sind Sie froh, dass Sie mit dieser Krankheit jetzt einen zwingenden Grund hatten, zu sagen: Ich höre auf?

Nein, das kann ich so nicht sagen. Ich bin nun mal ein politisches Tier, und das Aufhören fällt mir nicht leicht. Aber wenn solch eine existenzielle Situation eintritt, muss man sich entscheiden. Und das habe ich getan.

Auftritte auf Wahlkundgebungen werden Sie nicht vermissen?

Ich werde bestimmt auch künftig noch auf Wahlveranstaltungen sprechen, nur nicht mehr auf so vielen wie bisher.

Aber Sie haben sich doch sehr wohl gefühlt auf der großen politischen Bühne, die Sie nun verlassen. Ist da keine Wehmut im Spiel?

Ich war ja schon einmal sechs Jahre weg von dieser Bühne und kenne die Situation. Ich glaube, in der Öffentlichkeit ist immer nur eine Seite meiner Person wahrgenommen worden, das politische Tier. Die andere Seite ist, dass ich mich sehr interessiere für Literatur, für die Natur. Ich glaube nicht, dass die Bühne so entscheidend für mich ist. Jeder Mensch ist eitel und freut sich, wenn er Zuspruch hat. Menschsein heißt ja auch, um den Zuspruch anderer zu werben. Aber letztendlich darf es auch in der Politik nie so weit kommen, dass man, wenn man ein politisches Amt verliert, mit leeren Händen dasteht und nichts mehr mit sich anzufangen weiß.

Mehr zum Thema

 Fotostrecke: **Bilder aus dem Leben von Oskar Lafontaine**

Aber Ihre letzte Auszeit hat Sie ja am Ende zurück auf die Bühne geführt ...

Das stimmt. Aber jetzt ist es definitiv so: Ich will nicht mehr in die erste Reihe.

Wenn man sich den Erfolg der Linken ansieht, wenn man hört, wie nun alle Welt einschließlich der Kanzlerin eine Kontrolle der Finanzmärkte fordert - dann können Sie doch genüsslich sagen: Ich habe recht behalten.

Ja, das kann ich sagen. Aber dafür kann ich mir nichts kaufen. Wir hätten mehr davon, wenn unsere politischen Gegner zugeben würden, dass all diese Vorschläge: Keynesianismus, Europäische Wirtschaftsregierung, Finanzmarktregulierung, von der Börsenumsatzsteuer bis zum Verbot des Handels mit Giftpapieren, die jetzt in aller Munde sind, lange Zeit allein von der Linken gegen heftige Widerstände

vertreten wurden. Gerade wegen dieser Vorschläge sagten die Neoliberalen: Die Linke versteht nichts von Wirtschaft.

Also, halten wir fest: Sie haben in vielem recht behalten. Haben Sie auch Fehler gemacht?

Natürlich. Es war zum Beispiel ein Fehler, dass ich 1998 das Finanzministerium übernommen habe. Ich habe da meine Möglichkeiten überschätzt. Mein Rücktritt, der auch auf die gewaltigen Widerstände gegen die Finanzmarktregulierung zurückzuführen war, hat ja auch dazu geführt, dass der Sozialabbau in der Bundesrepublik sich immer weiter verschärft hat. Ich bin nicht so vermessen zu sagen, ich hätte das alles verhindern können. Aber ich muss mir schon die Frage stellen, ob die Politik nicht teilweise einen anderen Verlauf genommen hätte...

... wenn Sie statt Gerhard Schröder Kanzler geworden wären. Das heißt, schon das Abtreten der Kanzlerkandidatur an Schröder war ein Fehler?

Ja, in der Rückschau schon. Aber dafür gab es ein politisches Motiv. Schröder hatte damals die größeren Zustimmungswerte in der Öffentlichkeit. Ich wollte sicherstellen, dass wir die Wahl gewinnen, und nicht aus Eitelkeit darauf bestehen, der Parteivorsitzende, also ich, muss das machen. Aber das war falsch. Ich musste dann feststellen, dass Schröder politisch-inhaltlich einen Weg gegangen ist, den ich für nicht vertretbar halte.

War es aber dann nicht auch ein Fehler, den Posten des SPD-Vorsitzenden zu räumen? Da hätten Sie doch den Widerstand der Partei organisieren können, wie es einst Willy Brandt gegen den Nachrüstungs-Kanzler Helmut Schmidt getan hat?

Entscheidend für mich war, dass nach unserer Verfassung der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Es hätte zu keinem guten Ergebnis geführt, wenn da ein SPD-Vorsitzender gewesen wäre, der dem Kanzler ständig hineinregiert hätte. Das war damals meine Überlegung. Ob man aus heutiger Sicht sagen kann, ich hätte das auf mich nehmen sollen, ist eine andere Frage.

Es gab ja das Beispiel Brandt und Schmidt ...

Aber die hatten nie so gravierende inhaltliche Konflikte wie Schröder und ich. Dessen Politik war eben vor allem eine Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist.

Haben Sie tatsächlich seit diesem Bruch vor elf Jahren nie wieder mit Gerhard Schröder gesprochen?

Das stimmt.

Würden Sie gern?

Ich habe ja schon mal gesagt, dass ich damit kein Problem habe. Als im vergangenen Jahr meine Erkrankung publik wurde, hat mir Doris Schröder-Köpf gute Besserung gewünscht. Das zeigt schon, dass das Verhältnis sich etwas entspannt hat.

Aber daraus hat sich nicht mehr entwickelt? Dass zum Beispiel Ihre Frau und Frau Schröder, die ja auch befreundet waren, wieder Kontakt zueinander haben?



Lafontaine und Schröder (Bild: dpa)

Nein. Es geht ja auch vor allem um Gerhard Schröder und mich. Wir waren politische Partner, und die Zerwürfnisse sind bekannt. Man muss ja auch Veranlassung haben, ein Gespräch zu suchen. Ich glaube nicht, dass wir einander heute von der Richtigkeit unserer jeweiligen Position überzeugen könnten. Insofern kann man die Dinge auch auf sich beruhen lassen. Das liegt jetzt so lange zurück, dass es für mich Vergangenheit ist. Die Verletzungen waren stark, aber sie sind heute vernarbt.

Ist der 11. März, der Tag Ihres Rücktritts 1999, heute für Sie noch ein besonderes Datum? Gehen Ihre Gedanken dann zurück?

In diesem Jahr habe ich mehr an den 25. April gedacht, als ich vor 20 Jahren niedergestochen wurde. Der 11. März bleibt aber ein wichtiges Datum meiner politischen Biografie, und natürlich die Frage, war es richtig oder falsch. Und das hat etwas mit meiner zweiten politischen Karriere zu tun. Ich hatte immer das Gefühl, ich müsse dazu beitragen, dass die neoliberale Politik wieder überwunden wird. Das war das eigentliche Motiv. Und da bin ich mit den Teilerfolgen der Partei Die Linke zufrieden, auch wenn wir viel stärkere Korrekturen anstreben.

Sind Sie eigentlich im Herzen Sozialdemokrat geblieben? Hat die SPD sich verändert, und Sie sind sich und der Sache treu geblieben?

Na ja, nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Mein politisches Engagement war immer auch gespeist aus der christlichen Soziallehre, dem Eintreten für den Schwächeren, in dem Sinne bin ich immer Sozialdemokrat geblieben, und zudem halte ich auch heute noch die Forderungen der ehemaligen Sozialdemokraten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - Generalstreik, Basisdemokratie, nieder mit dem Krieg - für hochaktuell. Schauen Sie sich das Godesberger Programm an, das 1959 angeblich eine gewisse Rechtswende der SPD begründet hat. Es ist aber in vielen Fragen so radikal, dass man meinen könnte, es sei ein Programm der Linken.

Leiden Sie auch noch mit am Elend der SPD, oder ist da mehr Genugtuung?

Leiden ist vielleicht ein bisschen viel. Aber ich habe ein Gefühl des Bedauerns, wenn ich alte Weggefährten aus der SPD treffe, die mit mir über Jahrzehnte zusammengearbeitet haben, vor allem auch einfache Mitglieder. Das wird bleiben. Aber ich habe mein politisches Engagement in der SPD nicht nur als Mitgliedschaft in einem Verein gesehen, sondern als das Eintreten für ein Programm. Insofern war meine Entscheidung, nach Hartz IV und Kriegsbeteiligung auszutreten, inhaltlich gerechtfertigt. Das war eine so fundamentale Wende, dass viele gesagt haben: Diese Politik ist nicht mehr sozialdemokratisch. Ein Kernsatz Willy Brandts war immer: Krieg ist kein Mittel der Politik. Das stand auch in allen SPD-Programmen und ist jetzt erst ersetzt worden durch: Militärische Mittel sind die Ultima Ratio. Aber in seiner Rede zum Friedensnobelpreis hat Brandt gesagt: Krieg ist nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio.

Joschka Fischer schreibt in seinen Erinnerungen über die Koalitionsverhandlungen 1998, er sei dort schon mit zwei sozialdemokratischen Parteien konfrontiert worden - einer traditionellen linken unter Ihrer Führung und einer reformerischen unter Schröders. Haben Sie die eine Partei nun mitgenommen in die Linke?

Das wäre nur zu schön. Leider ist es aber so, dass viele Mitglieder der SPD, die meine Kritik an der Agenda 2010 und der Kriegsbeteiligung teilen, aus Vereinstreue immer noch in der Partei bleiben. Ich respektiere diese Treue, auch wenn ich sie für falsch halte. Vor solchen Entscheidungen hat die deutsche Arbeiterbewegung immer wieder gestanden. Der Konflikt heute ist vergleichbar mit dem der Novemberrevolution 1918: Krieg und Sozialpolitik. Sobald eine linke Partei Sozialabbau und Kriegsbeteiligung befürwortet, führt das zur Spaltung.

Das heißt, es wird auf Dauer zwei linke Parteien in Deutschland geben?

Das kann niemand voraussagen. Aber die Klärung ist nur über das Programm möglich. Zurzeit haben wir eine sozialistische Linke und eine SPD, die noch immer stark von neoliberalen Ideen geprägt ist.

Manche sagen Ihnen nach, das eigentliche Motiv für die Gründung der neuen Partei sei gewesen, sich gegen die Verachtung zu wehren, der Sie in weiten Teilen der Politik und der Medien ausgesetzt waren, etwas gegen das Bild des Flüchtigen, des Hinschmeißers zu unternehmen

Das war sicher auch ein Motiv, aber man sollte es nicht überbewerten. Bei allen meinen Fehlern und Schwächen nehme ich für mich in Anspruch, ein politisches Anliegen zu haben. Und das hat den Ausschlag gegeben.

Sind Sie eigentlich Marxist? Oder eher Keynesianer?

Beides. Keynes hat in einer speziellen Situation für die westlichen Industriegesellschaften die Frage beantwortet, wie man die Wirtschaft stabilisieren kann. Der Keynesianismus ist ja in Deutschland gerade in den Zeiten, als ich Finanzminister war, lächerlich gemacht worden. Heute sieht man, ohne seine Methoden wäre die Weltwirtschaft in der Finanzkrise zusammengebrochen. Er ist also in vollem Umfang bestätigt worden. Und auch Marx hat vieles richtig gesehen. Insbesondere, dass die gesellschaftlichen Bedingungen auch den geistigen Überbau bestimmen. In diesem Sinne bin ich Marxist.

Sie sagen, Sie seien weiter Sozialdemokrat. Aber in Ihrer Partei wird Ihnen die größte inhaltliche Nähe zu den Leuten um Sahra Wagenknecht nachgesagt, die sich als Kommunisten bezeichnen.

Wenn das Wort Kommunismus fällt, verstehen viele Leute Mauer und Stacheldraht, Gulag oder Stalin. Ich kenne niemanden in der Linken, der solche Horrorvorstellungen weiter vertritt. Auch der revolutionäre Kampf mit dem Ziel einer Einparteien-Herrschaft gehört der Vergangenheit an. Wer eine solche Forderung erheben würde, würde sich lächerlich machen. Wir fordern aber als Antwort auf die Finanzkrise die Vergesellschaftung der Banken, und das wird dann als kommunistisch denunziert. Wer das so kritisiert, übersieht, dass Frau Merkel ja ebenfalls Banken verstaatlicht hat. Man könnte das ironisch auch so kommentieren: Sie ist nach dieser Lesart dann nicht nur in der FDJ gewesen, sondern heute noch eine Kommunistin. Und vergessen Sie nicht: Sie war ja am Anfang der Opel-Krise auch für eine Staatsbeteiligung, während die Linke für die Beteiligung der Belegschaft eingetreten ist. Wir wollten nämlich keinen VEB Opel, sie und einige Ministerpräsidenten schon eher. So viel zu diesen Wortklaubereien. *In Ihrem Buch "Das Herz schlägt links" schreiben Sie zur Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder, dass Kameradschaft und Vertrauen Voraussetzung für politischen Erfolg seien. Gilt das auch für die Linkspartei?*

Auf jeden Fall gilt das für das Vertrauen. Ohne Vertrauen ist kein Erfolg möglich. Ich will das nur an einer Person deutlich machen: Am Anfang hieß es ja immer, wenn Gysi und Lafontaine die Linke führen, werden diese beiden eiteln Gockel sich innerhalb eines Jahres hoffnungslos bekriegen. Heute kann ich sagen, dass der Erfolg unserer Partei auch darauf zurückzuführen ist, dass wir einander vertrauen und kameradschaftlich miteinander umgehen.

Da fällt einem der Name Dietmar Bartsch ein, Ihr Bundesgeschäftsführer. Er könnte als Beispiel für mangelndes gegenseitiges Vertrauen gelten, oder?

Dazu ist alles gesagt.

Als es losging mit der Zusammenarbeit zwischen WASG und PDS, konnte man sehen, dass Sie sich Hans Modrow besonders freundschaftlich zugewandt haben. Warum gerade ihm?

Freundschaftlich ist nicht das richtige Wort. Es ging mir um Achtung und Respekt vor einem, der trotz aller auch eingestandenen Irrtümer und Fehler nicht zu einem Wendehals geworden ist. Stellen Sie sich vor, die sowjetischen Bataillone wären nach 1945 in Bayern statt in Sachsen stationiert worden - ich möchte nicht wissen, welche späteren CSU-Größen alle in der SED Karriere gemacht hätten. Ich habe Hans Modrow Anfang der 80er Jahre in Dresden als SED-Sekretär kennen gelernt und er machte auf mich den Eindruck eines sehr sachlichen und bescheidenen Mannes mit einer gewinnenden Art. Er hob sich ab von dem Funktionärstyp, mit dem man es sonst zu tun hatte. Er galt damals im Westen ja auch als Gorbatschow der DDR.

Sie haben sich oft in verschiedenen Zusammenhängen sehr kritisch über die Medienlandschaft in Deutschland geäußert, sich dann aber mit einem der fragwürdigsten Massenmedien, der Bild-Zeitung, eingelassen und als Kolumnist für sie gearbeitet. Warum dieser Tabubruch?

Dafür gibt es nur eine Rechtfertigung. Man kann den puristischen Standpunkt vertreten, dass man ein solches Blatt überhaupt nicht anfasst. Es ist ja nun mal, um es zurückhaltend zu formulieren, kein Gewinn für die Demokratie. Auf der anderen Seite wollte ich immer möglichst viele Menschen erreichen. Wenn mir heute die Chance gegeben würde, ein Millionenpublikum anzusprechen, würde ich sie wieder

wahrnehmen. Es hat ja wenig Sinn, sich aus Gründen der reinen Lehre nur in Presseorganen zu äußern, die zwar meine Meinung vertreten, aber nur ein paar tausend Leser haben.

Hat diese Zusammenarbeit nicht auch eine gewisse Schutzfunktion? Es fällt ja auf, dass die stärksten Angriffe, auch Spekulationen über Ihr Privatleben, in den vergangenen Jahren eher von Stern oder Spiegel als von der Bild-Zeitung ausgingen?

Nein, für mich war die Auflage entscheidend. Ansonsten sehe ich heute zwischen Spiegel und Bild keinen großen Unterschied mehr, nur dass die einen mehr Worte brauchen.

Herr Lafontaine, Sie haben schon das lebensgefährliche Attentat von 1990 auf Sie erwähnt. Ist Ihre Krebs-Erkrankung eine ähnliche Grenzerfahrung?

Ja, weil man mit dem Tod konfrontiert wird.

Fühlen Sie mit Wolfgang Schäuble, gerade auch in der jetzigen Situation, wo er als Finanzminister so großen Belastungen und auch Angriffen ausgesetzt ist?

Ja, das war schon immer so. Ich habe, wenn ich an Wolfgang Schäuble denke, ein Gefühl der Dankbarkeit, dass es mich nicht so schlimm getroffen hat. Und manchmal auch eine Art schlechtes Gewissen, weil es mir so viel besser geht. Die heute zu beobachtenden verdeckten Angriffe, die auf seine Gesundheit zielen, sind für mich stilllos und unfair. Wolfgang Schäuble hat die Größe, aufzuhören, wenn es gesundheitlich nicht mehr geht. Er braucht da keine gutgemeinten Ratschläge.

Haben Sie noch Angst, wenn Sie zum Beispiel bei Wahlveranstaltungen auftreten?

Vielleicht im Unterbewusstsein, aber das hat mit den Jahren stark nachgelassen. Ich habe bis heute bei Veranstaltungen Polizeischutz und komme gut damit zurecht.

Sie erwähnen in Ihrem Buch, dass Sie in der Stresssituation der Koalitionsverhandlungen und der Konflikte mit Schröder plötzlich wieder von dem Attentat geträumt haben.

Ja, das war so eine Art Übertragung. Ich spürte, dass auf die Politik, die ich für richtig hielt, gewissermaßen ein Anschlag verübt wurde. Aber weiter möchte ich die Selbstanalyse nicht treiben. Dafür sind andere zuständig.

Träumen Sie denn heute noch davon?

Nein, das ist nach 20 Jahren wohl ausgestanden. Da gilt der alte Satz: Die Zeit heilt Wunden.

Sie haben viele politische Rollen gespielt und viele politische Ämter ausgeübt, eines der letzten geben Sie am Wochenende ab. Welches war das Schönste?

Das Amt des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, weil es die größte Nähe zu den Menschen bietet und die direktesten Einflussmöglichkeiten. Wenn wir gesagt haben, hier kommt ein Kindergarten hin, konnten wir bald zuschauen, wie er gebaut wurde. Dasselbe galt für einen Sportplatz oder eine Schule. Das ist sehr befriedigend und auf höheren politischen Ebenen so kaum zu erleben.

Wären Sie heute gern wieder Bundesfinanzminister?

Gerne nicht. Aber wenn ich es wäre, würde ich natürlich einen neuen Anlauf nehmen, um die Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen. Das war ja mein eigentliches Motiv, dieses Amt überhaupt anzustreben.

Die Aussichten wären heute besser?

Ja.

Interview: Holger Schmale

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[Like](#) 204 people like this.

[document info]
Copyright © FR-online.de 2010
Dokument erstellt am 14.05.2010 um 10:34:02 Uhr
Letzte Änderung am 14.05.2010 um 17:59:57 Uhr
Erscheinungsdatum 14.05.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=2644861&em_loc=2091